

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V.

Newsletter 05/2023 (147. Ausgabe)
28.04.2023

Keine Entwarnung für die Oder

Noch ist allen, die an der Oder interessiert sind, das massive Fischsterben im letzten Sommer in Erinnerung. Nach Aussagen von Dr. Christian Wolter vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei erholte sich der Fischbestand in der Oder langsam wieder. Umweltbundesministerin Steffi Lemke (Grüne) sprach bei der Entwicklung des Fischbestandes von einem positiven Zeichen.

Doch die Sorgen bleiben: "Um Entwarnung zu geben, ist es definitiv zu früh", sagte Lemke kürzlich bei einer Bereisung der Oder, bei der sie sich über die Arbeit der Wissenschaftler zur Kontrolle des Fischbestands informierte. Noch immer wird ein erhöhter Salzgehalt im Gewässer festgestellt und die todbringende Goldalge ist auf 300 Kilometer Länge auf der Oder vorhanden, sodass ein Zustand wie im Sommer 2022 (hohe Temperaturen, wenig Wasser im Strom) erneut zu einem Fischsterben führen könnte.

Greenpeace beschuldigt zwei polnische Bergbau-Konzerne in Oberschlesien, durch die Einleitungen von Salzwasser aus dem Bergbaubetrieb für den Tod der Fische verantwortlich zu sein. Die Vorwürfe wiesen die Konzerne im März zurück.

Die polnische Regierung hat im März einige Gesetze und Vorschriften erlassen, die den Umgang mit Einleitungen in den Fluss neu regeln sollen, doch bisher ist von positiven Veränderungen - vor allem, was den Salzgehalt angeht - nichts bekannt.

Lemke nennt es einen Irrweg, den bislang noch naturnahen Fluss etwa für die Schifffahrt weiter auszubauen. Die Regeneration der Oder müsse Vorrang haben. Lemke sieht Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) am Zug, der für die Wasserstraßen zuständig ist. Sie hofft, dass auch er sich dafür einsetzt, dass der Oder-Ausbau erst einmal ruht. "Es braucht ein Moratorium", sagte die Umweltministerin mit Blick auf das deutsch-polnische Regierungsabkommen, das 2015 zur Verbesserung der Situation vor allem für den Eisbrechereinsatz zur Vermeidung von Hochwasser geschlossen wurde.

Das polnische Infrastrukturministerium sieht in der weiteren Ertüchtigung der Buhnen zur Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse eine nationale Aufgabe des Hochwasserschutzes. Aus diesem Grund habe der gerichtlich angeordnete Baustopp für die Arbeiten an den Buhnen keine aufschiebende Wirkung, meint Infrastruktur-Vizeminister Marek Grobarczyk.
(Quelle "Berliner Zeitung" vom 26.04.2023)

Kommentar: Das deutsch-polnische Regierungsabkommen, das 2015 nach über zehn Jahren Vorbereitung mit umfangreichen Arbeiten und Untersuchungen der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) und zwischen beiden Seiten abgestimmt zustande gekommen ist, stellt einen wichtigen Meilenstein für eine gemeinsame

nachbarschaftliche Maßnahme zur Wiederherstellung von Mindestbedingungen für den Einsatz von Eisbrechern auf der Oder und damit der Vermeidung von Winterhochwassern bei Eisversatz, wie er Ende der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts vorgekommen ist, dar. Ohne Zweifel sind die salzhaltigen Einleitungen vom Menschen verursacht worden und müssen unbedingt vermieden werden. Es darf keine Wiederholung des Fischsterbens auf Grund der Algenblüte geben. Dafür muss der polnische Staat ggfs. mittels finanzieller Unterstützung der Bergbauunternehmen für entsprechende Investitionen sorgen. Ein Moratorium beim Buhnenbau würde dabei gar nichts nützen. Dass die Natur und damit der Fluss genügend Kraft haben, sich selbst zu heilen und zu erneuern, zeigt die Erholung des Fischbestands. Der Wunsch nach einem Moratorium müsste dazu von beiden Seiten kommen. Die derzeitige Situation zeigt, dass damit nicht zu rechnen sein wird. An der Beendigung der Arbeiten an der Oder, so wie sie Abkommen von 2015 festgelegt worden sind, führt deshalb im Interesse der Oder-Anwohner letztlich kein Weg vorbei.

Schiffshebewerk Niederfinow zu teuer ?

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat die Prüfung der Kostenentwicklung für den Neubau des Schiffshebewerks Niederfinow abgeschlossen. Anfang März hatte der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) berichtet, dass für den Neubau möglicherweise bis zu 107 Millionen Euro zu viel an die zuständigen Bauunternehmen gezahlt wurde. Das Bundesverkehrsministerium hat diese Vorwürfe zurückgewiesen. Der BRH bleibt jedoch bei seiner Einschätzung, dass die Zahlung des Betrages willkürlich gewesen sei.

Der Bund schloss im März 2022 "einen Vergleich zur endgültigen Fertigstellung des Schiffshebewerks mit einer pauschalierten Endabrechnungssumme von 391,6 Millionen Euro." In dieser Summe sind die 107 Millionen Euro enthalten, von denen der BRH sagt, dass nie geprüft wurde, ob der Anspruch berechtigt sei. (Quelle RBB)

Kommentar: Ein Bauwerk in den Dimensionen eines Schiffshebewerks ist in vielen Bereichen unüberschaubar. Zu einen gibt es Unwägbarkeiten, die sich erst beim Bau herausstellen (Baugrund, Materialverteuerungen im Bauablauf über Jahre hinweg), und zum anderen kommen Umplanungen hinzu, weil sich Voraussetzungen ändern oder Material nicht verfügbar ist. Über die Zeit hinweg entsteht ein Dschungel von gegenseitigen Ansprüchen, der letztlich nicht mehr zu lichten ist. Auch die Fertigstellung der Schleuse Wusterwitz am Elbe-Havel-Kanal, an der es offensichtliche Baumängel gab, konnte erst nach langem Rechtsstreit mittels eines Vergleichs erfolgen. Es stellt sich die Frage, ob nicht die Beteiligung weniger und oftmals im Grunde immer wieder der gleichen Firmen an den Wasserbauten ein strukturelles Auftragsvergabeproblem darstellen könnte.

DIE ZUKUNFT DER ODER SICHERN - WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ ODER „GRÜNEN-PARTEITAG“ ?

von Horst Linde, Berlin, stellvertretender Vorsitzender des Odervereins

Die Grünen-Fraktion aus Brandenburg hatte sich am 27. März in Frankfurt (Oder) versammelt, um in einer groß angelegten Konferenz die Zukunft der Oder zu retten. Bei Blick auf die Liste der aktiven Teilnehmer fragt man sich, ob es sich um eine Konferenz mit wissenschaftlicher Zielsetzung oder um einen „Parteitag der Grünen“ handelte; denn Herr Radzimanowski von der IHK Ostbrandenburg war wohl einer der ganz wenigen, von dem man nicht ein ideologisch vorgefasstes Ergebnis, sondern eine unvoreingenommene Abwägung kontroverser Standpunkte erwarten konnte. Die Konferenz war also ein eher schwarzer Tag für all diejenigen, die sich freuen, wenn auf der Oder ein Schiff vorbeifährt, und die eine Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf das Wasser, aus ökonomischen wie ökologischen Gründen, für dringend geboten und mit einer Zukunft der Oder als naturnahem Fluss sehr wohl für vereinbar halten.

Aber „Wissenschaft“ gab es dann ja doch? - in Gestalt einer geballten Lektion in Wasserbau – hier wurde jemand als die große Offenbarung in Sachen Flussregulierung präsentiert, der antrat, einem staunenden, wasserbaulich kaum hinreichend vorgebildeten Auditorium die angeblichen Fehlleistungen des „Wasserbau-Establishments“ vorzuführen – im Endeffekt ein pauschaler, besserwisserischer, kleinkariertes Verriss des von der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) in deutschem und polnischem Auftrag entwickelten Konzepts einer Instandsetzung und Modernisierung der wasserbaulichen Regulierungen im Bereich der Grenzoder, in der Berichterstattung der Märkischen Oderzeitung (MOZ) in völliger Verkennung der realen Größenordnungen als „Jahrhundert-Eingriff“ apostrophiert. Man muss vielleicht nicht alles gut finden, aber angesichts der unzweifelhaft großen Erfahrung dieser Forschungseinrichtung und ihrer langen Vertrautheit mit der Oder hätte dem von den Grünen engagierten Experten wohl angestanden, etwas weniger den Besserwisser herauszukehren und wegen vorhandener Unsicherheiten von Prognosen nicht alle Planungen in Frage zu stellen – und, was besonders unangenehm auffällt, der BAW diese mehr oder weniger unvermeidlichen Unsicherheiten und Informationslücken als Unfähigkeit und Fehlleistung auszulegen.

Um nur drei inhaltliche Punkte – Eisauflauf im Winter, Sommer-Hochwasser, Grundwasserspiegel - kurz anzusprechen:

+ Man sollte denken, zum Thema „Eis“ sei in jüngster Zeit alles gesagt: Notwendigkeit der Vorhaltung von Eisbrecherflotten, operative Anforderungen des Eisbrecher-Einsatzes, mangelnde Eignung alternativer Eisbrechetechniken. Eisbrechereinsatz jetzt erneut in Zweifel zu ziehen und wiederum auf angeblich verfügbare alternative Eisbrechetechniken zu verweisen, ist wirklich nicht sehr originell.

+ Die Hochwasser-Neutralität ihres vorgeschlagenen Regulierungskonzeptes ist von der BAW wiederholt betont worden; dass Einflüsse von Buhnen auf Wasserspiegelhöhen bei zunehmendem Hochwasser immer mehr verschwinden und bei höherer Überflutung der Buhnen faktisch keine Rolle spielen, ist von gestandenen Wasserbauern unendlich oft dargelegt worden – es besteht also kein Anlass, hier neue Zweifel aufkommen zu lassen. In diesem Zusammenhang: Die Regulierungseffekte von Buhnen konnte – oder wollte? – auch der Referent der Grünen-Veranstaltung, trotz hier offenbar immer noch vorhandener Unklarheiten und anscheinend unausrottbarer Missverständnisse, nicht hinreichend deutlich machen. Eine Erhöhung der Fließgeschwindigkeit als primäres Ziel zu bezeichnen, ist eine irreführende Halbwahrheit und wird der komplexen Wirkungsweise dieser Regulierungsmaßnahmen keinesfalls gerecht – das kann man bei BAW und anderen Wasserbauern in qualifizierterer Weise nachlesen.

+ Im umgekehrten Fall sehr niedriger Wasserstände im Sommer ist in jüngster Zeit eine ungünstige Auswirkung der Regulierung auf den Grundwasserspiegel diskutiert worden – die Leitung des Nationalparks Unteres Odertal macht sich hier offenbar erheblic Sorgen. Der Referent, der hier sonst eher Unsicherheiten in der Prognose zukünftiger Entwicklungen betont, ist sich in diesem Punkt anscheinend sehr sicher und schwingt sich zu einer quantitativen Aussage von 20 – 30 cm infolge (instandgesetzter und modernisierter) Regulierungen auf – eine durchaus befremdliche These, wenn man davon ausgehen kann – wie dies auch von BAW mehrfach dargelegt wurde -, dass infolge Niedrigwasser-Regulierung durch Buhnen ein für den Grundwasserspiegel günstigerer Wasserstand herrscht als ohne Regulierung (man kann so weit gehen zu vermuten, dass sich bei Ausbleiben jeder Regulierung, wenn u.U. fast gar kein Wasser mehr fließt, sogar ungünstigere Bedingungen für das Grundwasser ergeben würden als mit Regulierung). Wenn der Leiter des Nationalparks an dieser Stelle in einem Diskussionsbeitrag ausführt, eine Ertüchtigung der Schifffahrt auf der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße sei akzeptabel, eine Erneuerung der Regulierung auf der gegenüber liegenden Seite des Parks, also der Ostoder, solle jedoch besser unterbleiben, so wäre dazu anzumerken, dass diejenigen Abschnitte der Grenzoder, die am dringendsten einer verbesserten Regulierung bedürfen, erst südlich von Hohensaaten, also oberhalb des Nationalparks, und noch mehr oberhalb der Warta-Mündung beginnen, d.h. diesen wenig oder gar nicht tangieren.

Für den Autor dieser Zeilen, der nun einmal ein Freund der Schifffahrt ist, ist dies insoweit positiv zu bewerten, da Schifffahrt auf den Oder-Wasserstraßen dort anscheinend nicht mehr grundsätzlich abgelehnt wird. Unterschwelliger Tenor der Ausführungen des Wasserbau-Referenten und der MOZ-Berichterstattung ist jedoch eine unveränderte, unbelehrbare Abneigung gegen Schiffe und Schifffahrt – den Polen wird es als anstößig und illegitim angekreidet, dass sie vordergründig von Hochwasserschutz reden, in Wirklichkeit aber Schifffahrt meinen – ihr legitimes Interesse an mehr Gütertransport auf dem Wasser wird dabei durchaus ignoriert.

Zusammenfassend: Einseitig besetzte „Grüne“ Veranstaltungen, Beiträge von „Experten“ voller Fehler, Halbwahrheiten, Besserwisserei und Diskriminierung sind für einen Erkenntnisgewinn nicht wirklich hilfreich – Die Berichterstattung der MOZ ist gut geschrieben und gut lesbar, wird jedoch in ihrer inhaltlichen Einseitigkeit und ideologischen Festgelegtheit der Komplexität der Oder-Thematik nicht annähernd gerecht.

Berlin, 15. April 2023

Schwedt noch immer nur teilausgelastet

In der vorigen Woche berichtete die Presse, dass die Raffinerie in Schwedt/Oder zu 60 Prozent ausgelastet arbeitet. Zugleich wird das als Erfolg dargestellt, weil das Erdöl über Rostock durch die bestehende Pipeline nach Schwedt fließt und man auf mehr Öl aus Kasachstan hofft, das wiederum durch die Drushba-Pipeline über Russland gepumpt werden muss. Leider spielt bisher die vom Oderverein aufgezeigte Alternative des Öl-Transports mit Seeschiffen, Umschlag in Szczecin/Stettin und Weitertransport mit Binnenschiffen bis Schwedt keine Rolle. Mit dieser Variante könnte eine 100 prozentige Auslastung der Raffinerie erreicht werden, wie bereits im Newsletter dargestellt. Doch offensichtlich sind alle Beteiligten mit der Teillösung zufrieden - oder ?

Oderwanderung gestartet

Die bereits im Newsletter erwähnte Oderwanderung, auch "Marsch für die Oder" genannt, ist planmäßig am 20.04.2023 an der Quelle der Oder in Tschechien gestartet. Auf der Internetseite <https://osobaodra.pl/de/die-wegstrecke/> gibt es u. a. in deutscher Sprache Erläuterungen und eine Übersicht über die Wegstrecke. Dort heißt es:

"Wir haben die Marschroute vorbereitet, um die Planung der Wanderung zu erleichtern und die Abschnitte zu sehen und zu messen. Diese Route ist als Anhaltspunkt zu betrachten, kann also noch modifiziert werden und wird von uns während der Wanderung verifiziert. Bitte berücksichtige dies bei der Wahl Deiner Teilstrecke. Die Marschleiter oder Marschleiterinnen werden ihre Abschnitte genauer erkunden und die Startpositionen festlegen, die Du vor der Wanderung auf unserer Website überprüfen kannst. Es ist ebenfalls möglich, dass die Route spontan angepasst werden muss, zum Beispiel aufgrund der Anzahl der Teilnehmer, des Wetters oder anderer unvorhersehbarer Umstände.

Die Wanderstrecke ist in 44 Tagesetappen (ca. 22 km) aufgeteilt, diese Etappen sind in 9 Gruppen zusammengefasst (ca. 110 km in 5 Tagen). Wenn Sie eine längere Strecke von ca. 100 km über mehrere Tage zurücklegen und damit an der Staffel teilnehmen möchten, können Sie sich uns anschließen. Wenn Sie eine kürzere Strecke laufen wollen, können Sie ebenfalls mitmachen."

Interessenten können sich auch über die oben genannte Internetseite anmelden.

* * * * *

Haben Sie interessante Neuigkeiten aus Ihrem Bereich, die Sie gern im neuen Newsletter des Verein veröffentlicht sehen wollen ?

Dann mailen Sie Ihre Information an info@oderverein.de oder faxen Sie sie an +49 30 47480416.

* * * * *

Verantwortl. f. d. Inhalt: Gerhard Ostwald, Vorsitzender
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V. , c/o Gerhard Ostwald, Le Pavillon-Str. 29, 13127 Berlin, Fon +49 30 47480414, Fax +49 30 47480416, E- Mail info@oderverein.de